

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementpreise: Einzelnummer 60. - M. Durch Austräger 90. - M. pro Woche 4.00 - M. pro Monat 12.00 - M. pro Vierteljahr 33.00 - M. pro Halbjahr 64.00 - M. pro Jahr 125.00 - M. pro Ausland 165.00 - M. pro Postumschlag 15.00 - M. pro Familiennachricht 1.00 - M. pro Vereins- und Versammlungsanzeige 15.00 - M. pro Kleinanzeigen pro Wort 3. - Markt. - ...

Freitag, 2. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile, ober oder unter dem Bild 50. - M. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15. - M. Kleinanzeigen pro Wort 3. - Markt. - ...

Bergarbeiter! Aufgepaßt!

Die Gewerkschaftsführer haben ohne Euch zu befragen zugestimmt, daß Ihr für die Kapitalisten überstunden schiebt. Lehnt diese unverschämte Zustimmung durch Abstimmung einstimmig ab.

Uns wird gemeldet: Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute des Bergbaues Niederschlesiens hat am Sonntag, den 28. d. Mts. mit 150 gegen 36 Stimmen beschlossen, solange wie die Ruhrbesetzung anhält, die Schicht um eine Stunde zu verlängern. Die Abstimmung über die alle Bergproleten interessierende Frage wurde abgelehnt. Dieser Beschluß ist ein Aktentat auf das Leben der Bergarbeiter. Die 150 Betriebsräte und Vertrauensleute, die sich von dem Verbandsvorsitzenden Schmidt haben einseifen lassen, haben ihr Recht vermisst, auch nur eine Stunde länger Vertrauensleute der Bergarbeiter zu sein - wenn sie ihren Beschluß nicht revidieren. Alle die, die ihn nicht revidieren wollen, müssen die Bergarbeiter den Stinnes und Konsorten als Funktionäre zur Verfügung stellen.

Kameraden! Wehrt Euch!

Kameraden! Am Sonntag, den 28. Januar haben in der Revierkonferenz Eure Betriebsräte und Vertrauensleute nach einem Referat des Verbandsvorstandesmitgliedes Schmidt mit 150 gegen 36 Stimmen beschlossen, für die Dauer der Ruhrgebietsbesetzung die achte Stunde zu verfahren. Was Ihr vor Monaten mit überwältigender Majorität in Abstimmung abgelehnt habt, will man Euch, weil man Eurem freien Willen sücht, durch einen Beschluß einer Revierkonferenz einfach aufzwingen. In dem entscheidenden Ringen zwischen den deutschen und französischen Stinnesen mißbrauchen die Gewerkschaftsführer Euch zugunsten Eurer deutschen Ausbeuter. Da der kapitalistischen Cuno-Regierung schon lange die Siebenstundenschicht im Bergbau schon lange ein Dorn im Auge

ist, glaubt sie nun durch die Ruhrgebietsbesetzung den geeigneten Augenblick für gekommen, um im Verein mit den Bergarbeiterführern eines ihrer Ziele zu erreichen: Euch die Siebenstundenschicht zu nehmen. Um Euch das Opfer, daß Ihr dem kapitalistischen Staate bringen sollt, schmachhaft zu machen, verspricht man Euch „Lohnerhöhungen“. Ihr habt aber gar keine Gewißheit, daß Ihr trotz einer solchen „Lohnerhöhung“ in der nächsten Woche nicht schon wieder hungern müßt, hungern müßt trotz „Lohnerhöhung“ und verlängerter Arbeitszeit.

Kameraden des niederschlesischen Bergbau-Reviers! Verhindert, daß man Euch als Vortrupp dazu benutzt, die Siebenstundenschicht zu durchbrechen. Laßt es nicht zu, daß 150 Personen für 33 000 Bergarbeiter in einer derartig wichtigen und entscheidenden Angelegenheit das letzte Wort sprechen.

Fordert Abstimmung. Tretet ein in den Betrieben für restlose Ablehnung der achten Stunde. Die oppositionellen Bergarbeiter im Deutschen Bergarbeiterverband.

Sür die Abstimmung.

Die Belegschaft der Viktor-Grube rebelliert gegen den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten. (Eigene Drahtmeldung der „Schles. Arb.-Ztg.“) In einer Versammlung der Viktor-Grube bei Gottesberg beschloß die Belegschaft trotz eines eingehenden Referates des schlesischen Bergarbeiterführers Wisman die Abstimmung vorzunehmen. Diefem Beispiel müssen die Belegschaften aller anderen Schächte sich anschließen.

Grenzenloser Verrat des Landproletariats durch die Bürokratie des Deutschen Landarbeiterverbandes.

In der „Deutschen Tageszeitung“ v. 26. 1. 23, dem Organ der Junker und Großagrarier, erklärt der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen, in dem der Vorsitzende des DLV. Georg Schmidt sich, zur Sicherung des Wirtschaftslebens und der Produktion folgende gemeinsame Mahnung an die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer:

„Die durch die allem Völkerverrecht hochsprechende Besetzung des Ruhrgebietes mit ihren unabsehbaren Folgen geschaffene Lage erfordert gebieterisch ein einmütiges Zusammenstehen des ganzen deutschen Volkes. Innere Kämpfe können wir jetzt weniger denn je betreiben. Nur ein einzig zusammen handelndes deutsches Volk kann und wird diese Schicksalsstunde siegreich bestehen. Daher richtet der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen des Reiches an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Reich, alles zu tun, um die Tarifverhandlungen möglichst bald zum Abschluß zu bringen, um das gemeinsame Zusammenarbeiten zu fördern. Es ist das ganz besonders dringend geboten, damit in dieser schweren Zeit des Vaterlandes die Frühjahrseinstellungen, wie überhaupt die landwirtschaftliche Produktion gesichert wird.“

Nationale Einheitsfront vom DLV. bis zum Landbund auf Kosten des Landproletariats. Die DLV-Bürokraten Arm in Arm mit den Großagrarier, das paßt so recht zur Einheitsfront der USPD-Führer bis zu den Deutschnationalen.

Wirtschaftsfrieden ist die Parole der DLV-Bürokratie, während die Landarbeiter im Elend verkommen und die Großbauern und Großgrundbesitzer Millionen und Aber-Millionen verdienen.

Schamloser und frecher konnten sich diese sogenannten Arbeiterführer als offene Agenten der Großagrarier nicht entlarven, als durch diesen Aufruf. Was schert es diese Verräter, wenn Millionen Landproletarier im Elend verkommen, wenn nur damit ihrer sozialdemokratischen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik gedient ist.

Wie wäre es sonst anders zu verstehen, daß die DLV-Führer ohne ihre Mitglieder zu fragen, Tarife abschließen, die geradezu eine Verhöhnung der Landarbeiter bedeuten, wenn es ihnen nicht in erster Linie um die Interessensvertretung der Junker zu tun wäre, wenn ihnen nicht der Wirtschaftsfrieden über alles ginge.

Aus allen Landarbeitergebieten häufen sich die Nachrichten, daß unter den Landarbeitern über die zuletzt abgeschlossenen Tarife eine tiefe Erregung herrscht, eine Erregung, die bereits schon den Grad der völligen Verzweiflung annimmt. Ist doch der DLV. dabei, im Interesse seiner Arbeitsgemeinschaftspolitik die Landarbeiter nicht nur dem Verhungern auszuliefern, sondern auch die letzten, von den Landarbeitern schwer errungenen Freiheiten zu verkaufen. So veröffentlicht in der sozialdemokratischen Mecklenburgischen „Volkszeitung“ v. 8. Januar der DLV. selbst die neuen Lohnsätze. Danach erhalten im Monat Januar die Freiarbeiter einen Gesamtstundentlohn von 80 Mark und die Frauen der Deputatarbeiter einen Stundenlohn von 15 Mark, während die Deputatarbeiter selbst überhaupt keinen Barlohn erhalten. Sie müssen, um ihre Steuern, sowie Krankentassen und Invalidenbeiträge zu bezahlen, einen Teil ihres Deputats, das für eine Familie bis 2 Kinder gerade ausreicht, um sie mit Brot und Kartoffeln zu versorgen, verkaufen und jede Woche ihrem Arbeitgeber überbringen. Die Knechte, die Kost und Wohnung beim Arbeitgeber haben, erhalten im 18. Lebensjahr einen Monatslohn von 2666,70 M., davon gehen ab für Kranken- und Invalidentasse und Steuern 1788 M., sodas ein Rest von 878,70 M. als Monatslohn zurückbleibt. Im 23. Lebensjahr erhält er einen Monatslohn von 4000 M., und nach Abzug von Steuer, Kranken- und Invalidenbeiträgen verbleibt ihm ein Monatslohn von 1312 M., was dem Preis von 34 Pfund Getreide entspricht, während er vor dem Krieg bei einem Monatslohn von 60 M. 6 Zentner Weizen kaufen konnte. Diesen Schandtarif hat der DLV., wie er selbst schreibt, nur deshalb abgeschlossen, um der Landbund zu bestimmen, die Kündigung des Tarifs, das am 1. Februar abläuft, zurückzunehmen, was aber der Landbund

100000 Goldrubel vom russischen Proletariat.

Das Volksgesundheitsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale teilt mit, daß die russischen Roten Gewerkschaften zur Unterstützung der Klassenkämpfer an der Ruhr 100 000 assignierte Goldrubel abgesandt haben. Das Geld geht durch die Staatsbank und soll dem Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte überwiesen werden. (100 000 Goldrubel sind gleich 220 000 Goldmark und nach dem offiziellen Kurs der Reichsbank 770 Millionen Papiermark, heute schon bedeutend mehr.)

Die russischen Arbeiter, die in gewaltigen Demonstrationen kundgaben, daß sie gewillt sind, mit allen Mitteln gegen den kapitalistischen Imperialismus zu kämpfen, haben als glänzendes Zeichen ihres Opfermutes und der internationalen proletarischen Solidarität dem Kampffonds des Reichsausschusses der Betriebsräte über eine Milliarde heutiger Papiermark überwiesen. Die russischen Arbeiter wissen, daß die Ruhrarbeiter unmittelbar vor dem schärfsten Existenzkampf stehen, daß sie sich gegen die deutschen Kapitalisten und gegen die französischen Militaristen um ihre Lebensinteressen wehren müssen. Die Amsterdamer stützen heute ihre Bourgeoisie, der ADGB will Arbeitergroßen mit dem Korruptionsfond der Kapitalisten zusammenwerfen und damit dokumentieren, daß er auf jeden Kampf gegen das Kapital verzichtet. Die russischen Arbeiter stärken als Antwort den proletarischen Kampffonds, die deutschen Arbeiter müssen ihr Beispiel nachahmen und auf den Aufruf des Reichsausschusses der Betriebsräte entsprechend antworten.

Arbeiter, Angeheulte, Beamte!

Der ADGB. und der Afabund wenden sich in einem Aufruf an Euch zwecks Sammlungen für die Ruhrhilfe. Ihr sollt den nationalistischen Kummel nicht nur wecht,

sondern auch finanziell unterstützen. Volksoffer heißt der neueste nationalistische Schwindel. Ihr sollt von Eurem Hungerlohn einen Stundenlohn pro Woche abführen, damit Eure Unterbrüder, die deutschen Kapitalisten, desto bessere Geschäfte mit dem Erbfeind abschließen könnten.

Als die Arbeiterschaft Ludwigshafens im schweren Kampfe gegen ein brutales Unternehmertum stand, da waren es die Gewerkschaftsbürokraten, die die Sammlungen, welche von dem Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte organisiert wurden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sabotiert haben, ja nicht nur sabotiert, sondern gar gesammelte Gelder in Höhe von 3023 058 M. unterschlagen haben. Immer noch liegen 1200 gemahregelte Kollegen Ludwigshafens auf der Straße, als Opfer des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie.

Darum, Proletarier, keinen Pfennig für dieses sogenannte Volksoffer! Zeichnet für den Kampffonds des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, damit zunächst die gemahregelten Kollegen Ludwigshafens nicht dem Hungertode zum Opfer fallen, und weiter den Kampf zu führen gegen den nationalistischen Kummel, gegen die kapitalistische Regierung, für die Arbeiterregierung.

Nehmt sofort in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen Stellung gegen diesen nationalistischen Sammelkummel. Fort mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären, die diesen patriotischen Kummel unterstützen! Keine Unterstützung Eurer Klassenfeinde! Stärkt den Kampffonds der Betriebsräte! Laßt Eure Brüder in Ludwigshafen nicht verhungern! Geschlossener Kampf gegen das Kapital und die kapitalistische Regierung!

Es lebe die proletarische Solidarität! Es lebe die Arbeiterregierung! Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte. J. A. Gotha

# Sie „Notgemeinschaft“, die Kampfgemeinschaft.

höhnlich ablehnte, in der weissen Voraussicht, daß er bei dem schmachvollen Verhalten der DVB-Führer seine Forderungen nach elfstündiger Arbeitszeit und nach dem Arbeitszwang der Frauen mit Leichtigkeit wird durchdrücken können.

Die Waldarbeiter in Mecklenburg-Strelitz erhalten einen Stundenlohn von 140 M. und die Frauen einen Stundenlohn von 80 M. Während die Holzpreise um das 9-10000fache gestiegen sind, sind die Löhne der Waldarbeiter nur um das 400fache gestiegen.

In Twarawa bei Randzin (Gut Yagel), erhielt noch vor acht Tagen ein verheirateter Landarbeiter einen Wochenlohn von 744 M. Wohllich sind die Löhne in ganz Schlesien und Oberschlesien.

Im Bezirk Magdeburg erhalten nach dem Vordere Tarif die verheirateten Landarbeiter einen Wochenlohn von 90 M. die Stunde, hinzu kommt das Deputat in Kartoffeln und Getreide, das der Kriegsration entspricht und nach den Marktpreisen berechnet 50 M. die Stunde ausmacht. Der Gesamtlohn beträgt demnach 147 M.

Im Bezirk Altmann erhält ein verheirateter Arbeiter einen Wochenlohn von 65 M. und einen Deputatlohn von 63 M. also insgesamt einen Stundenlohn von 128 M., nach Abzug der Steuern sowie Kranken- und Invalidenbeiträgen erhält der verheiratete Landarbeiter einen Wochenlohn von 2697 M. Von diesen 2697 M. soll der Landarbeiter für seine Familie Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushaltsgerät, Fleisch, Fett und Konsumwaren anschaffen, während er gerade dafür Pfund Margarine kaufen kann. Beide Tarife haben aber noch für die Landarbeiter die sehr wesentliche Verschlechterung gebracht, daß ihnen das Zukaufrecht von Futtermitteln genommen ist.

Solche Schandtariife wagt die DVB. Bürokratie den Landarbeitern anzuzwingen und dazu noch mit den Arbeitgebern Abkommen zu treffen, mit dem Ziel, die Landarbeiter von jedem Kampf um die Besserung der Lebensbedingungen zurückzuhalten, während die Großbauern und Großgrundbesitzer durch die 4000fache Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte Millionen- und Milliarden-gewinne einstreifen.

Die Folge dieser Verräterei der DVB-Führer ist, daß Hunderttausende Landarbeiter enttäuscht der gewerkschaftlichen Organisation den Rücken kehren und das große Meer der Indifferenten vermehren. Es besteht aber nicht nur die Gefahr des völligen Zerfalls des DVB., sondern die Landarbeiter werden durch ihre Enttäuschung leicht oft in die falschen Organisationen getrieben und scheiden so als revolutionäres Element aus der Arbeiterbewegung aus. Soll nicht für die gesamte Arbeiterbewegung unermesslicher Schaden entstehen, so müssen alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor allem aber die sozialdemokratischen Arbeiter sich mit aller Macht gegen diese verräterische Politik der DVB-Führer wenden. Aufgabe der Betriebsräte ist es, sich er Landarbeiter anzunehmen und sie nicht nur in ihrem schmerzlichen Ringen gegen ihre verräterische Bürokratie, sondern auch in ihrem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Nur die praktische Solidarität des Industrieproletariats mit dem Landproletariat wird in den Landarbeitern das Vertrauen in die revolutionäre Bewegung wecken und die Möglichkeit schaffen, die Einheitsfront zwischen Land- und Industrieproletariat herzustellen.

Die Einheitsfront des Proletariats in Stadt und Land ist die Voraussetzung für den Sieg des revolutionären Proletariats aus der kapitalistischen Unterdrückung.

## Zwischen Groener und Degoutte.

Der Reichsverkehrsminister Groener, dessen Beiratsamt man im Traum nicht kennen darf, ohne verboten zu werden, erläßt einen Befehl an sämtliche Beamten und Arbeiter der Reichsbahn, der ihnen verbietet, anderen Befehlen als denen der deutschen Stellen zu gehorchen.

Die Eisenbahner werden von ihm aufgefordert, Kohlen, Holz- und Breiten-Transporte, sowie Transporte von Holz, das im besetzten Gebiet geschlagen ist, nicht nach Frankreich oder Belgien zu befördern.

Zu fahren seien dagegen Transporte, auf die die Besatzungsstruppen nach dem Rheinlandabkommen Anspruch haben, Verpflegungszüge und Militärtransporte in der englischen Zone.

Verboden wird von Groener das Zusammenarbeiten mit französischen und belgischen Eisenbahnern. Verboden wird ferner die Übernahme von Zügen von militärischen Strecken. Direkt revolutionär lautet der Befehl Groeners an „Züge, die fremdes Personal über die von deutschen Nationalen besetzten Strecken mit allen im ordnungsmäßigen Betrieb vorgezeichneten Mitteln zum Halten zu bringen.“

Ein anderer General, der französische General Degoutte befiehlt in seiner Verordnung über den verschärften Belagerungszustand:

Jeder Sabotageakt wird strengstens bestraft werden. Die Strafen haben den Befehl erhalten, mit Härte gegen jeden vorzugehen, der die Eisenbahn- die Telephon- oder Telegraphenlinien sowie jede Einrichtung zur Verbindung oder Besorgung der Truppen zu sabotieren versucht.

Zwei revolutionäre Generale, so läßt es sich die Befehle der Sabotage, der andere droht dafür mit Erschießung.

Die Arbeiter werden sich die Maßregeln, die Herr Groener in den Kampf gegen die französischen hat, besser ansehe. Für ihren eigenen Kapitalkampf sehr gut empfangen können. Sie werden, wenn sie gegen den General Degoutte kämpfen, nicht vergessen, daß der General Groener sie in ihrem Kampf um ihre Erwerbungslos niedergestampft hat.

Es ist gerade ein Jahr her, seit dem großen Eisenbahnerstreik, seit der Beschlagnahme der Streifen durch

Mit jedem Tage sinkt wieder einmal der Reallohn der Arbeiter. Während die Kapitalisten mit der Ruhrbesetzung ein Billionengeschäft machen, bemächtigt sich der Arbeiter dumpfe Verweigerung. Denn was sie am Ende der Woche als sogenannten „Lohn“ erhalten, das sind bei dem Dollarkurs von 50000

ein paar Bettelpfennige.

von denen sie sich kaum noch Brot und ranzige Margarine kaufen können. Was tun in dieser Situation? Die Gewerkschaftsführer? Sie leben mit verführten Armen zu, wie die Arbeiter auch die Vollbeschäftigten insofern Unterernährung bis zur körperlichen Vernichtung verlegend.

Wenn wir behaupten würden, die Gewerkschaftsbürokraten tun absolut nichts in dieser Situation, so läten wir ihnen bitter unrecht. Denn die Gewerkschaftsführer haben in Hand mit den Kapitalisten eine Notgemeinschaft gebildet.

Notgemeinschaft für die Arbeiter vielleicht? Wollen die Unternehmer den Arbeitern auf Voranschub Lebensmittel liefern, oder wollen sie in Anbetracht der Geldentwertung den Hungerlohn für einen Monat im voraus zahlen? Sollen die Kapitalisten mal auf 20 Proz. ihrer Gewinne zugunsten der Arbeiter verzichten?

Nein, es ist eine andere „Notgemeinschaft“. Die Arbeiter, die Ausbeuteten, Ausgeremerten, die sich selbst kaum vor Enttäuschung auf den Beinen halten können, sie sollen den Opfern des Kapitalismus, den Sozialrentnern, den Erwerbslosen helfen. Sie sollen sich 1 Prozent vom Lohn abziehen lassen oder zwei Arbeitsstunden im Monat leisten.

Da die Notgemeinschaft nicht nur auf dem Papier stehen gelassen ist, sondern sich praktisch auszuwirken beginnt, ist es notwendig, die Frage noch einmal aufzurollen.

Wie die Arbeiter überrumpelt wurden. Drei Herren vom Gewerkschaftsrat, die selbst ein reichliches Einkommen beziehen, verfügten, ohne die Kartellmitglieder zu befragen, über den Lohnbeutel und die Arbeitskraft der Arbeiter. Angestellten und Beamten.

Für schlechtes Gewissen ließ es ihnen nicht raffan erscheinen, die Frage der Notgemeinschaft vor den Massen zu behandeln. Deshalb arbeiteten sie diplomatisch und hinterherum. Sie wählten vier große Kanonen, d. h. Leute mit geschätztem Ruf und Ansehen vor, um die Arbeiter einzufangen. Ruffert, Bierlich und Kuntze streckten zuerst bei Paul-Hoffmann ihre Fühler aus und begannen dort die belaudeten jaumen und SPD-gläubigen Betriebsräte und Vertrauensleute zu bearbeiten. Es gelang ihnen 20 Leute für ihren Beschluß zu gewinnen.

Die Kartellmitglieder Bierlich und Konsorten stülten sich auf diesen Beschluß der 20 ihren Ergebenen, um mit Hilfe desselben

10000 Arbeiter zu verzerren.

Es ist zu sehen, daß die überwiegende Mehrheit bei den U.S. Parteien die Notgemeinschaft ablehnt.

Daß eine größere Anzahl Arbeiter aus Furcht vor Entleerung und Schikanen dieser Ablehnung nicht ihren Ausdruck zu geben wagt, ändert an diesen Tatsachen nichts.

Das Gewerkschaftsinterim und die Notgemeinschaft.

Im Gewerkschaftsinterim wurde die Frage der Notgemeinschaft in einer Plenarsitzung eingehend besprochen. Es machte sich eine lebhafte Opposition geltend. Vor allen Dingen wurde bemängelt, daß der Kartellvorstand, ohne die Kartellmitglieder zu befragen, diesen Beschluß gefaßt hat. Ein Antrag des Kartellvorstandes zu veröffentlichen, in Zukunft bei solchen Fragen die Kartellmitglieder zu hören, wurde von dem Kartellvorstand als Nichtanerkennen zurückgewiesen. Der Vorstand erklärte, er müßte zurücktreten, falls dieser Antrag angenommen wird. Darauf zog der Kartellvorstand seinen Antrag zurück. Der Vorstand verweigert, die für ihn immerhin noch unerträgliche Situation dadurch zu reizen, daß er, der Wahrheit gegenüber, behauptet, es läge bei der Notgemeinschaft kein Verstoß vor. Bismarck sei es dem Groenen jedes einzelnen Arbeiters überlassen, ob er kein 1 Prozent abführen und eventuell Arbeitsstunden leisten will. Am 37 gegen 27 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen, behieß die Plenarsitzung des Gewerkschaftsrats, die im Gang befindliche Aktion zugunsten der Erwerbslosen und Sozialrentner weiter durchzuführen. Bedauerlich war die große Zahl der Stimmenthaltungen, so bedeutete der Beschluß des Gewerkschaftsrats tatsächlich eine Niederlage für Bierlich und Konsorten.

Das Schweigen der „Volksmacht“!

Die „Volksmacht“, das sogenannte Organ der arbeitenden Bevölkerung, hat die Aufgabe es doch sein müßte, in dieser Frage an der weitesten Schicht der Arbeiterklasse interessiert und eine bestimmte Haltung einzunehmen, die Arbeiter-

schaften zu unterrichten, und aufzuklären. Schwieg zu allen Debatte über die Notgemeinschaft. Ist es ein Schweigen der Verlegenheit, der Schwäche oder der Klugheit?

Hat die „Volksmacht“ überhaupt seinen Standpunkt in dieser Frage? Schweigt sie aus Verlegenheit, aus Furcht die Gunst der führenden Häuser des Großhandels, die in Blau subventionieren, zu verlieren?

Oder schwieg sie, weil eine Diskussion über diese Frage der Breslauer Arbeiterklasse weder einmal die Verlässlichkeit der Sozialdemokratie und den Gegensatz zwischen Führern und Arbeitern zeigen würde?

Folgen der Notgemeinschaft.

Dittaturgelüste der Unternehmer. Durchbrechung des Achtstundentages. Verwirrung der Arbeiter. — Flucht aus den Gewerkschaften.

In den Unt-Hoffmann-Lauchhammer-Weiten war vor einigen Tagen folgendes Plakat angeschlagen:

„Der Arbeiterwegen wegen für die Spende „Brüder in Not“ beginnt die Arbeitszeit am Dienstag und Mittwoch früh um 6 Uhr.“

So weit ist es also gekommen. Die Unternehmer diktiert einfach und die Arbeiter sollen sich fügen. Leider leistete die Hälfte der Belegschaft der Aufforderung Folge, die andere erschien um 7 Uhr.

Im Betriebe war die Mär verbreitet, wer nicht um 6 Uhr zur Arbeit erscheint, dem werden zwei Stundenlohn abgezogen. Aus Furcht vor Abzügen erschienen wohl die Arbeiter um 6 Uhr, aber sie kamen nicht freiwillig, sondern gezwungen, sie kamen mit geballten Fäusten und schäumend vor Wut. Diese Erregung der Arbeiterklasse macht sich überall Luft. Es werden über die Köpfe der Boten hinweg in allen Teilen des Betriebes Versammlungen einberufen, die sich mit dem Diktat (nicht von Moskau) der Direktion befassen.

Nur mit Mühe gelingt es unseren kommunistischen Betriebsräten, viele gewerkschaftsverbundene Arbeiter vor dem Austritt aus den Verbänden abzuhalten.

Dittaturgelüste der Unternehmer, Durchbrechung des Achtstundentages, Verwirrung der Arbeiter, das sind die ersten Folgen der „Notgemeinschaft“ im größten industriellen Werk von Breslau. Ruffert, Bierlich usw. haben wieder einmal gezeigt, daß sie nur zerstören, aber nicht aufbauen können.

## Noch eine zweite Notgemeinschaft.

Hilfe für die Ruhrarbeiter.

Das ist der Fluch der bösen Zeit, daß sie fortwährend Böses muß erzeugen. Die „Notgemeinschaft“ ein Kind der Arbeitergemeinschaft ist noch nicht das letzte Glied einer Kette von Betrug und Schurerei, denn wieder sollen die Breslauer Arbeiter über das Ohr gehauen werden. Unternehmer, Behörden und Gewerkschaftsbürokraten, die heilige Dreieinigkeit, haben herausgefunden, daß die Arbeiter Angestellten und Beamten noch zu wenig Abzüge haben. Es sollen ihnen daher nicht nur 1 Prozent für die Notgemeinschaft, sondern noch weitere Prozente für die Ruhrarbeiter abgezogen werden.

Den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die sich das bieten lassen, die diesem Abzugschwindel nicht endlich ein Ende bereiten, wird man demnach noch Abzüge für die notleidenden Hausbesitzer und letzten Endes noch für die notleidende Landwirtschaft machen.

Wer garantiert den Arbeitern übrigens dafür, daß die von den Nationalisten aller Schattierungen gesammelten Gelder wirklich den Ruhr-Bergarbeitern zugute kommen? Können diese Gelder nicht ebenso verwandt werden für Aufstellung kenterrevolutionärer Organisationen im Ruhrgebiet?

Darum fort mit dem nationalen Schwindel! Fort mit dem Schwindel der Abzüge und Überstunden! Keinen Pfennig für die Notgemeinschaften. Wer für die Notgemeinschaften eintritt, der beirgt die Geschäfte des Kapitals, der nimmt dem Kapital und dem Staat eine Verpflichtung ab und befreit seine notleidenden Kollegen.

Die wahre Notgemeinschaft!

Auch wir Kommunisten sind für eine Notgemeinschaft. Aber diese Notgemeinschaft muß sein eine aus der Not der Stände geborene Gemeinschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im Kampf gegen den Kapitalismus.

Erfämpfung höherer Löhne, die der Geldentwertung angepaßt sind, Erhaltung des Achtstundentages, Kontrolle der Produktion zwecks Ausschaltung von wucherischen Spekulantien und Schiebern, Vereinerung der kapitalistischen Regierung usw., Schaffung einer Arbeiterregierung, das sind die Forderungen, die der Not der Stunde entsprechen.

Die Durchführung dieser Forderungen allein rettet die Arbeiter- und Angestelltenklasse als auch die kleineren Rentner und die große Zahl der Erwerbslosen vor dem Untergang.

den Sozialdemokraten Richter, seit der Anerkennung des Streikrechts.

Jetzt, wo General Groener die Eisenbahner vor die französischen Gewehre führt, jetzt ist's Zeit, daß die deutschen Eisenbahner „ihrem“ General bemerkbar machen, daß sie nicht mit Ketten um den Hals kämpfen können.

Der General Groener sitzt in seinem Büro in Berlin. Sie stehen vor französischen Gewehrläufen. Daß sie in dieser Situation noch die Ketten des Streikverbots tragen sollen, das ist ausgeschlossen.

Weitere Verschärfung der Lage im besetzten Gebiet Erhöhter Kampf um das Bahngeld.

Die Abhängigkeit des besetzten Gebietes durch eine Zolllinie hat bis jetzt von den Besatzungsbehörden nicht berücksichtigt werden können. Nach den neuesten Meldungen soll die Zolllinie nach dem 31. Januar gezogen werden. Durch den passiven Widerstand des Eisenbahnpersonals im neu- und allbesetzten Gebiet sind die Schwierigkeiten der französischen Militärbehörden gewachsen. Der deutsche Reichsverkehrsminister Groener hat für das gesamte besetzte Gebiet Anweisungen gegeben, nach dem Kohlen-, Holz- und Breiten-Transporte, sowie der Transport von im besetzten Gebiet geschlagenem Holz zu verzögern ist, seine Truppentransporte gehindert werden, d. h. außer Verpflegungszügen, jede Zusammenkunft von 10 und französisch-belgischer Eisenbahner verboten ist, Züge mit deutsch-belgischer Besatzung nicht auf Strecken mit deutschem Personal durchzulassen sind, französisch-belgische Requisitionsbefehle nicht zu gehorchen ist.

Da die Franzosen ihre Verstecke, das Eisenbahngeschäfts zu beherrschen, fortsetzen, und zahlreiche Ver-

streits auf der Bahn zu melden. So haben am 30. Januar die Eisenbahner des Direktionsbezirks den Streik beschlossen. In Essen geht der Streik des Post- und Telegraphenpersonals weiter. Da die mobilisierten französischen Eisenbahner an sich äußerst vorsichtig fahren müssen, und wie zahlreich beobachtet wurde, ebenfalls einen gewissen passiven Widerstand üben, hat sich die Verlehrs-lage weiter verschlechtert, was allerdings nicht nur dem französischen Militarismus Schwierigkeiten macht, sondern die arbeitende Bevölkerung des besetzten Gebietes immer mehr bedroht.

Massenausweisungen und Belagerungszustand.

Durch die der passiven Resistenz entgegengekehrten Gewaltmaßnahmen der Besatzungsstruppen wird der Charakter der Besatzung immer kriegsmäßiger. Zahlreiche Beamtenausweisungen sind erfolgt. General Degoutte hat für das neu besetzte Gebiet den verschärften Belagerungszustand verhängt. Durch die Ausführungsbestimmungen, die jeden Nachverkehr, jede Versammlungstätigkeit verbietet, sind auch die Arbeiter, insbesondere der Nachschicht betroffen, die sich eigens Ausweise ausstellen lassen sollen. In Mainz wurde den streikenden Eisenbahnern mit dem kriegsgerichtlichen Verfahren gedroht.

Die französische Militärdisziplin bröckelt ab.

Die französische Besatzungsbehörde hat einen Erlass herausgegeben, nach dem jede Zivilperson mit 10 Jahren Zuchthaus bedroht wird, die einem Soldaten der Besatzungsgarnie Zivilkleider ausshändig. Diese Bekanntmachung ist um so bedeutsamer, weil es bekannt ist, daß in den letzten Tagen viele lothringische Soldaten desertiert sind. Diese Desertionen beweisen, daß die französische



240 Straßenbahner entlassen.

Das Unglaubliche ist wahr geworden. Die Direktion der Städtischen Straßenbahn hat es fertig gebracht, am 1. Februar 240 Straßenbahnern den blauen Brief zu schicken.

Miederholt haben wir die Straßenbahner gegen die brutalen Maßnahmen bei der Straßenbahn aufgerufen, wiederholt haben wir um die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit appelliert, die Straßenbahner vor dem Elend völliger Arbeitslosigkeit zu schützen.

Wiederholt haben wir die Straßenbahner gegen die brutalen Maßnahmen bei der Straßenbahn aufgerufen, wiederholt haben wir um die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit appelliert.

Was unternehmen die Betriebsräte für ihre Kollegen? Sie beschränken sich auf Protest! Statt die Macht der organisierten Straßenbahner ins Feld zu führen, tritt Gewerkschaftskleinigkeit und sozialdemokratische Stadtverordnungsaktion zu wagen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

Mitte der Jugendgenossen ganz wohl und man sah es ihnen an den Gesichtern an, daß sie noch länger dageblieben wären! Dem die Kleinen fühlten sich in einem neuen Wirkungskreis verfehlt, den sie bisher noch nicht kannten.

Achtung! Straßenbahner! Achtung! Am Sonntabend, den 3. Februar, morgens 8 1/2 Uhr und abds. 7 Uhr, findet im Bahnhof 5 (Böpelwitz) Versammlungen der gefündigt. Straßenbahner statt.

Bayern. Beschlagnahme von Geldern für Partei und Produktivgenossenschaft von Seiten der Bayerischen Polizei. Uns wird geschrieben: Am Mittwoch, den 10. Januar ging ich mit noch einigen Genossen, als wir Abrechnungen erledigt hatten, von meiner Wohnung zur Post, um in Summa 126,71 Mark zu einem Teil für die Produktivgenossenschaft und einen Teil für die Bezirksleitung abzuschicken.

Nachdem der Streik der Straßenbahn am Ende zu machen, sollten sie in Unfähigkeit ihre Hände. Der sozialdemokratische Betriebsrat Winter, der als geistiger Führer der Betriebsräte des Stadtbereichs bezeichnet werden kann, verläßt als erster das sündende Schiff, nachdem durch seine reformistische Tätigkeit die Entlassungen immer brutaler Form annehmen.

K.P.D., Ortsgruppe Breslau. Am Sonntag, den 5. Februar 1923 abds. 7 Uhr, in der Bratislawia (groß Saal), Mauritiusplatz: Mitgliederversammlung Thema: Bericht vom Parteitag

Wegweiser durch die Not. Es ist kaum möglich, Rettung in konzentrierter Form auf sich zu ziehen, als im Gebiet von Schokolade. Frau Dr. Fung.

Bersammlungs-Kalender. Für jed. Zeile mit dies. Rubrik muß ein Beitrag von 10 K. gezahlt werben. KPD. Bezirksleitung: Büro-Kasse: Breslau, Altschiffstr. 49/50.

KJD. Bezirksleitung: Bog. Alster, Breslau 1, Altschiffstr. 49/50. KKG. Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Werner Fischler, Breslau, Altschiffstr. 49/50.

Gewerkschaften. Breslau. Deutscher Bergwerksbund. Nachgruppe der Parzibaher. Sonntag, 4. Februar, vorm. 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Schauspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr. Götspiel Ell-Lienz. Kadame Pompidour. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr in neuer Einfundierung und Ausstattung Die Geißha.

Deutscher Bergwerksbund Verein Waldenburg. Sonntag, den 4. Februar, vorm. 9 Uhr, Stadtbrauerei Waldenburg. General-Versammlung. Zwei tüchtige Kassierer für die Gräbischer, Brandenburger, Friedrich, Lewald- und Gabisstraße gesucht. Die Expedition.